

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington



Die US-Strategie zur Demokratieförderung

Kathrin Yoneoka

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. +1-202-464-5840
Fax. +1-202-464-5848
office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

Die US-Strategie zur Demokratieförderung

<u>KONZEPT UND DEFINITION VON GOOD GOVERNANCE</u>	<u>3</u>
<u>STAATSFÜHRUNG VERSUS WIRTSCHAFTSWACHSTUM.....</u>	<u>4</u>
<u>TRANSFORMATIONAL DIPLOMACY.....</u>	<u>5</u>
<u>USAID-PROGRAMME FÜR GOOD GOVERNANCE.....</u>	<u>6</u>
<u>MILLENNIUM CHALLENGE CORPORATION – EIN NEUER ANSATZ FÜR GOOD GOVERNANCE?.....</u>	<u>8</u>
<u>DER MCC-EFFEKT.....</u>	<u>11</u>
<u>FAZIT UND SCHLUSSFOLGERUNG.....</u>	<u>13</u>

„A wise and frugal government, which shall restrain men from injuring one another, shall leave them otherwise free to regulate their own pursuits of industry and improvement, and shall not take from the mouth of labor the bread it has earned. This is the sum of good government...“

Thomas Jefferson, US-Präsident von 1801-1809

Schon der dritte Präsident der Vereinigten Staaten brachte damit eine erste offizielle amerikanische Definition von „Good Governance“ oder „guter Regierungsführung“ in die Politik ein.

Konzept und Definition von Good Governance

Unter „Governance“ wird im allgemeinen „der Entscheidungsprozeß und der Prozeß, mit dem Entscheidungen implementiert werden (oder nicht implementiert werden), verstanden. Die Analyse von „Governance“ konzentriert sich auf die formellen und informellen Akteure, die in den Entscheidungsprozeß eingebunden sind bzw. die getroffenen Entscheidungen implementieren, und auf die formellen und informellen Strukturen, die geschaffen wurden, um die Entscheidungen zu implementieren.

Eine Regierung ist einer der „Governance“ ausführenden Akteure. Gute Regierungsführung hat mehrere Haupteigenschaften Sie

1. bietet Teilnahmemöglichkeiten,
2. orientiert sich am Konsens,
3. ist rechenschaftspflichtig,
4. ist transparent,
5. ist verantwortlich,
6. ist effektiv und effizient,
7. ist gerecht und umfasst alle Gruppen,
8. folgt den Prinzipien der Rechtstaatlichkeit

Good Governance kämpft gegen Korruption, bezieht die Minderheiten in den Dialog ein und setzt sich für die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Gesellschaft ein.¹

Eine wichtige Rolle spielt dabei auch das Verhältnis des Regierungsapparates zum Privatsektor.

¹ <http://www.unescap.org/huset/gg/governance.htm>

Staatsführung versus Wirtschaftswachstum

Zwei Grenzlinien bestimmen den Einfluß staatlichen Handelns auf das Wirtschaftswachstum.

- Ein bestimmtes Maß an Ausgaben von Seiten der Regierung ist notwendig, damit die grundlegenden Strukturen der Gesellschaft die erforderlichen Voraussetzungen bieten, um wirtschaftliche Aktivitäten zu erleichtern.
- Exzessive Regierungsausgaben entziehen dem Privatsektor Mittel und beschränken privates Handeln und verhindern damit wirtschaftliches Wachstum.

Zwischen diesen beiden Grenzlinien liegt ein weites Feld an Möglichkeiten, das so unterschiedliche Länder wie Hongkong, Singapur, Deutschland und die Vereinigten Staaten umfaßt; die entschiedenermaßen robusten Regierungsphilosophien der Länder Westeuropas ebenso wie die Entwicklungsländer, die hoffen, daß die Ausgaben der Regierung zur Entwicklung ihrer Länder beitragen können.²

Das Pendel der grundlegenden Rolle des Staates zur Förderung von wirtschaftlichem Wachstum ist insbesondere in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg nach links und rechts ausgeschlagen. Das kommunistische Experiment in der Sowjetunion ist gescheitert, weil zu weitgehende staatliche Intervention die Aktivitäten des Privatsektors unterbunden hat.

Bis in die achtziger Jahre dominierte ein regierungszentriertes Model, basierend auf der Annahme, daß aktive Einwirkung des Staates notwendig sei, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Folgen dieser Ansicht waren Regierungssubventionen, eine extensive Verflechtung des Staates in die Wirtschaft und Politiken, die die einheimische Industrialisierung voranbringen sollten. Entwicklungshilfe wurde benutzt um die Bemühungen der Regierung in diesem Bereich zu verstärken, was aber letztendlich nur zu einem Anstieg von Korruption und zur Aufblähung des Regierungsapparates führte.

Nachdem die Einsicht gereift war, daß dieses Entwicklungsmodell damit gescheitert ist, das gewünschte wirtschaftliche Wachstum zu ermöglichen, hat man den Ansatz überarbeitet, was zu den frühen Jahren des „Washington Consensus“ führte: Dabei wurde Wert auf weniger Regierung, auf wirtschaftliche Freiheit und auf freien Handel gelegt. In den nächsten beiden Jahrzehnten haben mehrere Entwicklungsländer erste Versuche gemacht, den Einflußbereich des Staates zurückzudrängen und ihre Wirtschaftspolitik zu liberalisieren. Einige

² Schaefer, Brett: “How the Scope of Government Shapes the Wealth of Nations”, 07. März 2006, <http://www.heritage.org/Research/TradeandForeignAid/hl925.cfm?renderforprint=1>

haben nachgezogen, andere haben sich genau in die andere Richtung entwickelt.

Transformational Diplomacy

Am 18. Januar 2006 verkündete US-Außenministerin Condoleezza Rice die Reform des Auswärtigen Dienstes im Sinne der „Transformational Diplomacy“. Diese steht in der Tradition der Vereinigten Staaten, „demokratische Bewegungen und Institutionen in jeder Nation und Kultur zu unterstützen mit dem ultimativen Ziel, die Tyrannei in der Welt zu beenden“³ wie auch Präsident Bush in seiner zweiten Inaugurationsrede erklärt hat.

Um diese Mission zu erreichen, brauche Amerika eine Diplomatie, die nicht nur über die Welt wie sie ist, berichte, sondern daran arbeite, die Welt zu ändern. Die Amerikaner lebten in einer außergewöhnlichen Zeit. Überall hätten Reformen begonnen, welche sich im Nahen Osten ausbreiteten. Die USA arbeiteten mit verschiedenen Partnern daran, weltweite Stabilität und ein Gleichgewicht der Kräfte zu schaffen, welches Freiheit begünstige.

Gleichzeitig hätten andere Bedrohungen zugenommen. Das vor mehr als 350 Jahren entwickelte moderne Staatssystem basiere auf dem Konzept der Souveränität. Es sei davon ausgegangen, daß ein Staat Bedrohungen auf seinem Territorium kontrollieren könne. Außerdem habe man damals geglaubt, daß schwache und schlecht regierte Staaten nur ein Problem für die in ihrem Herrschaftsgebiet lebenden Menschen seien oder höchstens ein internationales humanitäres Problem darstellten, aber nie eine konkrete Sicherheitsbedrohung.

Heutzutage träfen diese Annahmen nicht länger zu. Distanzen seien heute mittels Technologie leicht überbrückbar. Die größte Bedrohung entstehe nunmehr innerhalb von Staaten, nicht mehr durch Konflikte zwischen Staaten. Der fundamentale Charakter von Regimen spiele heute eine größere Rolle als die internationale Machtverteilung. Daher sei es schwierig, klare Linien zwischen den Sicherheitsinteressen, den Entwicklungsbemühungen und den demokratischen Idealen zu ziehen. Die amerikanische Diplomatie müsse all diese Ziele integrieren und vorantreiben.⁴

Das Ziel der transformierenden Diplomatie sei es mit vielen Partnern weltweit zu arbeiten, im Sinne von „Good Governance“ regierte und demokratische Staaten aufzubauen, die den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung gerecht werden und sich selbst verantwortungsvoll in das internationale Rechtssystem eingliedern. Es gehe dabei um Partnerschaft, nicht um Bevormundung.

³ <http://www.whitehouse.gov/inaugural/>

⁴ <http://www.state.gov/secretary/rm/2006/59306.htm>

Weil in den letzten 15 Jahren gescheiterte Staaten eine größere globale Bedrohung geworden seien, habe das Militär nach Konflikten einen unverhältnismäßig großen Teil an Verantwortung getragen. Jetzt sei es an der Zeit, die verschiedenen Eckpunkte von Diplomatie, Förderung von Demokratie, wirtschaftlichen Aufbau und militärischer Sicherheit effektiver miteinander zu verknüpfen.

Deshalb habe Präsident Bush im State Department das Büro für Wiederaufbau und Stabilität geschaffen und das Mandat kürzlich erweitert. Der Kongreß habe das Pentagon autorisiert nach einem Konflikt bis zu 100 Millionen US-Dollar für Wiederaufbau und Stabilität bereitzustellen. Drohe ein Staat zukünftig zu scheitern, werde dieses Büro sofort aktiv und suche die Partnerschaft mit dem Pentagon, mit anderen Regierungsbehörden und mit den internationalen Alliierten.

Dazu würden die Diplomaten zukünftig noch besser auf Einsätze in sogenannten „Hardship“-Ländern vorbereitet. Sie verwalteten in den Entwicklungsländern Programme, die den einheimischen Bürgern helfen, Rechtsstaatlichkeit zu fördern, sich selbständig zumachen oder Gesundheits- und Bildungsreformen voranzutreiben.⁵

USAID-Programme für Good Governance

Programme für Demokratie und Regierungsführung werden von USAID und dem State Department definiert als „technische Hilfe und andere Unterstützung zur Stärkung von reformorientierten Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und/oder Bürgern, um demokratische Staaten und Institutionen zu entwickeln, die verantwortlich und zuverlässig ihren Bürgern gegenüber auftreten. Diese Bemühungen schließen auch die Förderung von demokratische Transitionsprozessen in Ländern ein, die nicht reformorientiert sind. Demokratieprogramme fördern die Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, freie und faire Wahlen verbunden mit einem politischen Wettbewerb, freien und unabhängigen Medien, einer stärkeren Zivilgesellschaft und einer größeren Beteiligung der Bürger an Regierungsstrukturen, die effizient, verantwortlich und zuverlässig sind.“⁶

Im Dezember 2005 hat die United States Agency for International Development (USAID) eine neue Strategie zur weltweiten Förderung von Demokratie und Good Governance (Guter Regierungsführung) unter dem Titel „At Freedom’s Frontiers. A Democracy and governance strategic Framework“ veröffentlicht.⁷

⁵ <http://www.state.gov/secretary/rm/2006/59306.htm>

⁶ At Freedom’s Frontiers: A Democracy and Governance Strategic Framework, December 2005
http://www.usaid.gov/policy/0512_democracy_framework.pdf

⁷ http://www.usaid.gov/policy/0512_democracy_framework.pdf

Demnach befinden sich die USA in einem Zeitalter mit unvorhersehbaren Möglichkeiten für Freiheit und Demokratie. Millionen Menschen weltweit fordern eine zuverlässige Regierung, die Möglichkeit zur Mitbestimmung sowie grundlegende Menschenrechte. Die kürzlichen demokratischen Revolutionen, die sich vom Libanon bis Kirgistan hinziehen, sind ein Beweis für einen steigenden Trend. In den letzten 15 Jahren haben sich demokratische Wechsel von El Salvador bis Südafrika und Indonesien bis in die ehemals kommunistischen Länder Ost-Europas vollzogen.

Die Entwicklungsprogramme von USAID zielen auf die Förderung von Good Governance und die Transition zur Demokratie ab. Darunter verstehen sich Rechtsstaatlichkeit, der Zugang zu öffentlichen Gütern, Transparenz und die Rechenschaftspflicht über die Ausgaben und die Dienstleistungen am Bürger. Während Demokratie nicht als Voraussetzung für gute Regierungsführung gilt – und schlechte Regierungsführung unter formal demokratischen Strukturen auftreten kann – ist das Einhergehen von Good Governance und Demokratie die wichtigste Garantie für Sicherheit, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung.⁸

Anstelle von starken autoritären Staaten stellen der internationale Terrorismus sowie schwache Staaten die größte Bedrohung der Demokratie dar. Demokratie muß von innen kommen. Deshalb bemüht sich USAID um starke Partnerschaften mit Akteuren vor Ort.

Um den die großen Herausforderungen für Demokratie angemessen zu begegnen, konzentriert sich USAID in der Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Akteuren insbesondere auf die folgenden Bereiche:

- die Freiheit in autoritären Staaten voranzutreiben;
- demokratische Aufbrüche zu unterstützen;
- demokratischen Fortschritt zu festigen und
- ein Fundament für Stabilität und Demokratie in schwachen Staaten zu schaffen.

Zur Erreichung dieser Ziele sollen folgende Maßnahmen beitragen:

1. **Rechtsstaatlichkeit:** die Unterstützung von konstitutionellen und rechtlichen Reformen, der Schutz der Menschenrechte, die Unabhängigkeit und Reform der Justiz und eine bessere Justizverwaltung sollen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit als Fundament von Gerechtigkeit und Menschenrechte beitragen.
2. **Institutionen mit demokratischer und verantwortlicher Regierungsführung** werden durch Anti-Korruptionsprogramme, die

⁸ Foreign Aid in the National Interest: Promoting Freedom, Security, and Opportunity (Washington, D.C.: USAID, 2002). www.dec.org/pdf_docs/PD-ABW900.pdf

Ausbildung von Führungseliten, die Förderung von legislativen Prozessen und Institutionen, die Reform von Armeen und die Förderung von lokalen Regierungen und Dezentralisierung gestärkt.

3. **Politische Freiheit und Wettbewerb** werden durch die Unterstützung von demokratischen Parteien, der Wahlverwaltung, unabhängiger Medien und der Zivilgesellschaft gestärkt.
4. **Bürgerbeteiligung und Fürsprache:** USAID sieht sich in der Pflicht, Bürgerbeteiligung durch Programme, die Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks, Gewerkschaften und unabhängige Medien fördern, sicherzustellen.⁹

Präsident Bush hat die Förderung von Freiheit und Demokratie zum zentralen Politikbereich seiner Regierung gemacht. USAID als ausführende Behörde setzt die Vorstellungen der Bush-Administration in die Tat um und ist mit 1,2 Mrd. US-Dollar der größte Geber im Bereich Demokratieförderung neben der im Januar 2004 gegründeten Millennium Challenge Corporation (MCC) zur Verwaltung des Millennium Challenge Account (MCA).

Millennium Challenge Corporation – ein neuer Ansatz für Good Governance?

Den Millennium Challenge Account hatte Präsident Bush im März 2002 in Monterrey ins Leben gerufen, um Entwicklungshilfe denjenigen Ländern zur Verfügung zu stellen, die sich an die Spielregeln demokratischer Regierungsführung halten. Ziel ist es, Wirtschaftswachstum zu fördern und Armut zu reduzieren. Das Programm konzentriert sich auf eine kleine Anzahl von Entwicklungsstaaten, die sich durch politische und wirtschaftliche Reformmaßnahmen für die Entwicklungshilfe qualifizieren können. Die Regierung hat drei Kriterien formuliert, die ein Empfängerstaat erfüllen muß, um sich für finanzielle Mittel zu qualifizieren:

- Good Governance,
- Förderung des Gesundheits- und Bildungswesens und
- eine solide Wirtschaftspolitik.

Überraschend ist, daß die MCC als eigenständige Organisation unabhängig von USAID gegründet wurde. Die Einrichtung dieser Organisation stellt somit nach Auffassung von Experten eine der tiefgreifendsten Veränderungen der US-Entwicklungshilfe dar.

⁹ http://www.usaid.gov/policy/0512_democracy_framework.pdf

Die Bush-Administration wählt anhand von quantitativen Faktoren (wie z. B. Haushaltsdefizit, Handelspolitik, Impfschutz, Korruption) aus, welche Staaten sich für das Programm qualifizieren. Es handelt sich dabei um ein transparentes Auswahlverfahren, das den Reformwillen der Entwicklungsstaaten im Auge hat und nicht die politischen und strategischen Ziele des Geberlandes.

Der Einsatz der Mittel und die Umsetzung der Programme in den jeweiligen Staaten erfolgt durch enge Konsultation und Kooperation der MCC mit der Empfängerregierung, NGOs und dem privaten Sektor. Die Entwicklungsländer selbst setzen ihre Prioritäten und bestimmen, wie die Mittel eingesetzt werden sollen. Sie unterbreiten konkrete Projektvorschläge und formulieren eigene Ziele, an denen der Erfolg ihrer Arbeit im Anschluß gemessen wird.

Mit diesem Programm haben die Entwicklungsländer einen weiten Handlungsspielraum und übernehmen ein großes Maß an „Ownership“. Sie müssen jedoch auch regelmäßig Rechenschaft über den Erfolg der Projekte ablegen. Bleibt dieser aus und scheitert ein Projekt, behält es sich die US-Regierung vor, die Gelder zu streichen. Somit wird die finanzielle Leistung an Bedingungen geknüpft, was zu mehr Effektivität und besseren Ergebnissen führen soll.

Der Kongreß hat dafür an Anfangsfinanzierung für das Fiskaljahr 2004 1 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt, im Jahr 2005 1,5 Mrd. US-Dollar. Präsident Bush hat für das Jahr 2006 3 Mrd. US-Dollar bewilligt bekommen und für 2007 3 Mrd. US-Dollar beim Kongreß beantragt, langfristig soll das Budget aber bis auf 5 Mrd. US-Dollar gesteigert werden.¹⁰

Bemerkenswert ist, daß die Mittel für die MCC vom Kongreß nicht ge-„earmarked“, also zweckgebunden sind. Dies steht im Gegensatz zu USAID, deren Mittel zum Großteil zweckgebunden sind.

Der Millennium Challenge Account soll dazu beitragen, aus den Erfahrungen in der Entwicklungshilfe in den letzten 50 Jahren zu lernen:

1. Hilfe ist demnach effektiver, wenn sie solide politische, wirtschaftliche und soziale Politikführung unterstützt – diese sind wiederum Grundvoraussetzungen für private Investitionen und verstärkten Handel und damit für mehr Wirtschaftswachstum.
2. Entwicklungspläne, die von einer breiten Reihe von Unterstützern getragen werden und für die die Länder die primäre Verantwortung tragen, versprechen größere Aussicht auf Erfolg.
3. Die Integration eines Überwachungs- und Evaluierungsmechanismus in die Programmaktivitäten soll für mehr Effizienz, Verantwortlichkeit und die geforderte Transparenz beim Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers sorgen.

¹⁰ http://www.mcc.gov/public_affairs/press_releases/pr_020606_fy07budget.shtml

Dazu konzentriert sich die MCC auf die Förderung von nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum zur Armutsreduzierung durch Investitionen in Bereichen wie Landwirtschaft, Erziehung, den privaten Sektor und den Aufbau von Kapazitäten. Ländern erhalten Unterstützung als Belohnung für eine gute Regierungsführung und werden als Partner betrachtet.

Der Fokus liegt dabei auf den Ergebnissen. Die MCC-Unterstützung soll einen „transformierenden“ Effekt haben.¹¹

Ein Schlüsselement für alle abzuschließenden MCC-Verträge und deren Ausführung ist die finanzpolitische Rechenschaftslegung. Darunter versteht die MCC die Mechanismen und Prozesse, die sicherstellen, daß die Fonds sauber gemanagt werden und die Verwaltung in einer fairen, offenen und transparenten Art erfolgt. Dies ist die MCC dem Steuerzahler schuldig. Die Erfordernis, diese Rechenschaftsstandards zu erfüllen wird die Programmimplementierung nachhaltig beeinflussen.

Die MCC orientiert sich bei den Mechanismen der finanziellen Rechenschaftspflicht an folgenden Prinzipien:

- Die finanziellen Transaktionen und Aktivitäten sollten mit maximaler Transparenz erfolgen.
- Die Mechanismen sollten klare Verantwortlichkeiten aufzeigen, um Rechenschaft ablegen zu können.
- Die Mechanismen sollten ein Höchstmaß an Sorgfalt und Integrität gewährleisten und sicherstellen, daß die Mittel nur für den beabsichtigten Zweck verwendet werden.
- Die MCC versucht, wo möglich, auf bestehenden Systemen, bestehenden Mechanismen und vorherigen Bestandsaufnahmen aufzubauen, um Duplikationen zu vermeiden.
- Die Mechanismen sollten, wo möglich, zum nachhaltigen Aufbau von Kapazitäten beitragen, die auch dann Bestand haben, wenn das MCC-Programm beendet wird.¹²

Nach zwei Jahren Existenz der MCC sind acht Länderverträge mit Madagaskar, den Capverdischen Inseln, Honduras, Nicaragua, Georgien, Armenien, Vanuatu und Benin unterzeichnet. Dreizehn Länder haben sich für das Schwellenländerprogramm qualifiziert. Im einzelnen sind dies: Guyana, Kenia, Malawi, Paraguay, die Philippinen, Sao Tome und Principe, Uganda, Sambia, Indonesien, Jordanien, die Republik Kirgisien, Moldawien, die Ukraine, Burkina Faso, Ost-Timor und Tansania.¹³

¹¹ http://www.mcc.gov/about_us/overview/index.shtml

¹² http://www.mcc.gov/guidance/FY06/MCC_Fiscal_Accountability_Framework.pdf

¹³ <http://www.mcc.gov/countries/threshold/index.shtml>

Der CEO der MCC, der ehemalige US-Botschafter in Brasilien John Danilovich hat in einer Rede beim Center for Global Development insbesondere den Gebrauch von Indikatoren für Good Governance und Wachstum, die Konzentration auf das „Ownership“-Prinzip sowie die Fokussierung auf Ergebnisse als innovative Elemente in der Arbeit der MCC hervorgehoben. Darüber hinaus betreibe die MCC „Capacity Building“, indem sie die Länder ermutige, eigene Projektvorschläge zu entwickeln und diese umzusetzen. Jedes Land müsse selbst erkennen, wo die eigenen Wachstumsgrenzen liegen. Hilfreich sei dabei, daß der Projektantrag an die MCC unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen erfolgen müsse.¹⁴

Derzeit steht die MCC an einem kritischen Punkt: Von den unterzeichneten acht Länder-Verträgen ist noch kein einziger vor Ort implementiert. Für die Impelementierung im Land ist die Regierung zuständig, wobei diese von 45 MCC-Mitarbeitern im Land unterstützt wird. Dieses Länderteam soll auch eng mit den USAID-Mitarbeitern vor Ort zusammenarbeiten.

Für die Verwaltung der Gelder wird eine Verwaltungsstruktur gesucht. Wo es möglich ist, soll auf bestehende Regierungsstrukturen zurückgegriffen werden. In andern Ländern wird ein Treuhänder gesucht, z.B. die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz). Ländern, die vertragsbrüchig werden, muß notfalls auch der Geldhahn zugedreht werden.

Ob der gewünschte „transformierende“ Effekt in den Ländern eintrifft, wird über das Schicksal der MCC entscheiden. Von Seiten des Kongreß wird die Auswahl der Länder kritisiert, weil diese keinen regionalen Einfluß haben. Demnach fehle die Einbindung von Ländern mit strategischer Bedeutung für die USA.

Der MCC-Effekt

Trotz der Kritik, gibt es aber auch positive Neuigkeiten. In Umkreisen der Millennium-Challenge-Corporation (MCC) verbreitet sich jüngst ein neues Wort. Der „MCC-Effekt“ beschreibt Verbesserungen in der Politik-Performance von Ländern, die sich entweder für den Millennium Challenge Account qualifizieren wollen oder sich bereits qualifiziert haben und den Reformprozeß fortsetzen.

Es gibt wachsende Hinweise darauf, daß die Länder auf die Anreize der MCA-Finanzierung anspringen und sich dadurch den Weg ebnen für Armutsreduzierung und wirtschaftliches Wachstum.

Eine Studie der Harvard-Universität hat festgestellt, daß die Selektionskriterien der MCC den Transformationsprozeß in Entwicklungsländern beschleunigen.¹⁵

¹⁴ CEO John Danilovich bei Veranstaltung des Center for Global Development “The Millennium Challenge Account: From Start-up to Grown-up?” am 27. April 2006 in Washington D.C.

¹⁵ http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=896293

Die MCC wählt als Partner die Länder aus, die sich am stärksten um Korruptionsbekämpfung und gute Regierungsführung bemühen, die in die Gesundheit und Erziehung der eigenen Bevölkerung investieren und wirtschaftliche Freiheit vorantreiben. Dieser Selektionsprozeß ist transparent und konkurrenzbetont, weil die MCC Länder belohnt, die diese Reformen voranbringen und gleichzeitig einen Anreiz für andere Länder schafft, das gleiche zu tun.¹⁶

In den letzten Monaten zeigen sich erste Erfolge in den Bemühungen, sowohl in den Ländern, mit denen die MCC bereits arbeitet als auch in jenen, die sich qualifizieren wollen.

- Eine Reihe von Ländern (El Salvador, Kamerun, Djibuti, Jordanien, Kirgisistan, Indonesien, Guatemala, die Philippinen, Moldawien und die Ukraine) haben Ausschüsse und Präsidialkommissionen eingerichtet, die Reformstrategien entwerfen sollen, damit sich die Länder für die MCC-Förderung qualifizieren können.
- Der Botschafter Nicaraguas in den Vereinigten Staaten, Salvador Stadthagen hat betont, daß die MCC das Streben des Landes nach Transparenz verstärkt habe und eine positive Bestärkung in der Anti-Korruptionskampagne Nicaraguas sei.¹⁷
- Die renommierte indonesische Korruptionsbekämpfungskommission hat kürzlich gegenüber Mitarbeitern der MCC geäußert, daß sie ihren Kampf gegen die Korruption in der Justiz verstärken müssen, um die Leistungsmerkmale für die zwei Indikatoren der Korruptionskontrolle und Rechtsstaatlichkeit zu erfüllen.
- Der Finanzminister aus Bangladesch, Saifur Rahman, hat anlässlich der Vorstellung eines strikten Programms zur Korruptionsbekämpfung den Ausschluß seines Landes von der Qualifizierung für den MCA als ein Beispiel des großen Preises angeführt, den sein Land dafür zuzahlen muß, daß es als korrupt gelte.
- Nachdem Albanien in das Programm für Schwellenländer des MCA aufgenommen wurde, ein Programm für diejenigen Länder, die die MCA-Kriterien noch nicht erfüllen, haben die Zivilgesellschaft und die Oppositionsparteien das Scheitern der Qualifikation für das volle Programm in öffentlichen Reden kritisiert.

¹⁶ http://www.mcc.gov/about_us/overview/index.shtml

¹⁷ <http://www.scoop.co.nz/stories/WO0508/S00143.htm>

- In Armenien hat der Außenminister Vartan Oskanian, nachdem ihn die MCC vor einem Nachlassen der demokratischen Reformen gewarnt hatte, äußert, daß jeder Schritt weg von Demokratisierung und ein erneuter Wahlbetrug einen hohen wirtschaftlichen Kosten in Höhe von 235 Mio. US-Dollarn bedeuten würden. Dies ist der Betrag, der am 27. März 2006 als Teil des MCA-Programms für Armenien unterzeichnet wurde.¹⁸
- Im Vorfeld des Selektionsprozesses für den Millennium Challenge Account für das fiskalische Jahr 2006 hat der Präsident El Salvadors, Antonio Saca, einen Erlass genehmigt, der die Integrität im öffentlichen Dienst und die Kontrolle von Korruption vorsieht. Darüber hinaus hat die Regierung von El Salvador der MCC auch eine ausführliche Liste mit anderen bereits beschlossenen oder geplanten Reformen, in in Zusammenhang mit MCC-Selektionskriterien stehen, vorgelegt.
- Nach Auffassung der Manager des „Doing Business Projekts“ der International Finance Corporation (IFC) stünden 80 Prozent der Reformen für Unternehmensgründungen, die sie beobachtet haben, in direktem Zusammenhang mit dem Anreizeffekt des MCA. Bis heute hätten 24 Länder den Wunsch der Teilnahme am MCA als primäre Motivation für ihre Reformbemühungen angegeben.¹⁹
- Paraguay, ein Teilnehmer am Schwellenprogramm der MCC, hat 2004 signifikante Reformen für Unternehmensgründungen unternommen, die dazu geführt haben, daß sich 6.000 Unternehmen, oder 20% mehr als gewöhnlich registriert haben. Die Regierung plant, die Zeit für eine Unternehmensgründung von derzeit 72 Tagen auf 36 Tage zu reduzieren, die Kosten für die Registrierung eines Unternehmens von 725 US-Dollar auf 100 US-Dollar zu senken und die Anzahl der Schritte bis zur Unternehmensgründung von 17 auf 9 herabzusetzen.

Schlußfolgerung

Die US-Regierung konzentriert sich derzeit in ihrer Entwicklungspolitik stark auf Good Governance. Die Gründung der MCC zeigt deutlich, wie stark das Interesse von Präsident Bush ist, mit seiner Administration einen bleibenden und „transformierenden“ Einfluß auf die Entwicklungsländer zu haben und mit seiner Entwicklungspolitik sein Ziel, „to make a difference“ zu erreichen.

Zu befürchten ist derzeit, daß wegen der Konzentration der Administration auf Good Governance die „Bad Performers“ aus dem Blickwinkel geraten oder wie es der Leiter des Planungsstabes von US-Außenministerin Condolleezza Rice

¹⁸ http://www.armeniaforeignministry.com/pr_05/051222mc.html

¹⁹ http://www.brookings.edu/fp/events/20050624_MCCtranscript.pdf

Dr. Stephen Krasner kürzlich formulierte „daß wir die Menschen vernachlässigen, die unsere Hilfe am meisten brauchen.“

Die Bemühungen der US-Regierung um Good Governance in Entwicklungsländern zeigen schon erste Erfolge. Der MCC-Effekt beschreibt, welche Länder ihre Reformprozesse vorantreiben, um sich für Unterstützung durch die MCC zu qualifizieren. Ob sich die MCC allerdings als Organisation mit nachhaltig „transformierendem“ Effekt profilieren wird, bleibt abzuwarten.

US-Präsident Bush ist mit der Gründung der MCC einen sehr mutigen Weg gegangen, um die Entwicklungspolitik zu reformieren. Ist die MCC erfolgreich, dann muß sich die US-Regierung eingestehen, daß ihre Entwicklungspolitik in den letzten 50 Jahren keine bleibenden Erfolge gezeigt hat. Damit besteht die Gefahr, daß USAID gänzlich im State Department aufgeht oder die Finanzierung von USAID weiter durch den Kongreß „ge-earmarked“ (zweckgebunden) bzw. empfindlich gekürzt wird. Scheitert die MCC aber, dann wird sie USAID angegliedert oder gänzlich aufgelöst. Zusätzlich müsste sich die US-Regierung aber vorwerfen lassen, daß sie Milliarden von Steuerzahlergeldern zum Fenster hinausgeworfen hätte.